

Misstrauen: UWG stimmt gegen Bürger-Information über soziale Medien

Bürgerbegehren: Sternbeck lehnt geforderte Entschuldigung ab

Neustadt (os). Gegen die Stimmen von UWG und „Freie für Neustadt“ (FFN) hat der Rat am Donnerstag beschlossen, soziale Medien für Informationen zum Bürgerentscheid zu nutzen. „Der Bürgermeister hat die Aufgabe, die Bürgerinnen und Bürger objektiv über die Sach- und Faktenlage zu informieren“, heißt es in der entsprechenden Drucksache. Darauf habe das Verwaltungsgericht in der mündlichen Verhand-

lung noch einmal hingewiesen. Dem will die Verwaltung wie berichtet auch über Kanäle wie Facebook und Twitter nachkommen.

UWG-Fraktionschef Willi Ostermann hatte die Geschichte des Bürgerbegehrens noch einmal rekapituliert, auch um damit zu begründen, warum seine Fraktion der Verwaltung misstraut. Die Verkürzung der Unterschriftensammelfrist und letztlich auch die

Ablehnung des Bürgerbegehrens sind für ihn Gründe, warum die UWG erwartet „dass die Verwaltung nicht objektiv informieren wird“, sagte er der Neustädter Zeitung. „Wir haben viel Vertrauen verloren.“ Bürgermeister Uwe Sternbeck hatte nach der Entscheidung von den Unabhängigen wissen wollen, wie sie Bürgern klarmachten, dass sie nicht über Facebook und Co. zusätzlich informiert werden sollen.

Ostermanns Fraktionskollege Günter Hahn hatte im Zuge der Debatte sogar eine Entschuldigung von Sternbeck für die

Empfehlung zur Ablehnung des Bürgerbegehrens gefordert. Das lehnte der Bürgermeister jedoch nachdrücklich ab, er sehe dafür keinen Anlass. „Das war keine lockere Entscheidung“, sagte Sternbeck mit Verweis auf die Empfehlung sowohl der juristischen Beratung als auch des um Stellungnahme gebetenen Niedersächsischen Städtetages. Wenn er andere Informationen gehabt hätte, wäre auch eine andere Empfehlung an den Verwaltungsausschuss gegangen.

Lesen Sie zum Rathaus auch einen Kommentar auf Seite 2

